

# Erklärung gegen die Einschränkung der Informationsfreiheit

<http://odem.org/informationsfreiheit/>

**Am 8. Februar 2002 hat die Bezirksregierung Düsseldorf Sperrungsverfügungen gegen mehr als 80 Anbieter von Internet-Zugängen, sogenannte Access-Provider, erlassen. Diese sollen in einem ersten Schritt zwei rechtsextreme Webseiten in Nordrhein-Westfalen ausblenden. Wir verurteilen das Vorgehen der Bezirksregierung Düsseldorf und weitergehende Pläne aus den folgenden Gründen:**

## **1. Providerseitige Filtersysteme stellen unangemessene Eingriffe in Grundrechte dar**

Der Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gibt allen Bürgern das Recht, sich ohne Beschränkung und frei aus allen zur Verfügung stehenden öffentlichen Quellen informieren zu dürfen. Diese Informationsfreiheit bildet das unverzichtbare Rückgrat einer informierten und wehrhaften Demokratie. Filtersysteme dienen dazu, Informationsquellen für Bürger unzugänglich zu machen. Dies sind Maßnahmen, die an totalitäre Staaten und »Feindsenderverbote« erinnern.

Wir sind entsetzt, dass die Einschränkung der Informationsfreiheit auch für Wissenschaft und Forschung gelten soll. So ist geplant, dass sich einzig Hochschulen durch Sondergenehmigungen den Filterungsmaßnahmen entziehen können – solche Regelungen wurden etwa in der DDR praktiziert. Betroffen sind auch Medienschaffende und Journalisten – ihnen ist es nicht mehr möglich, uneingeschränkt an Informationen zu gelangen, die zwar weiterhin vorhanden sein werden, aber nicht abgerufen werden können.

Diese Einschränkungen des Grundrechtes der Informationsfreiheit betrachten wir als gesellschaftlichen Rückschritt. Dieser wiegt deutlich schwerer als die mögliche Gefahr, die von problematischen Internet-Angeboten für einzelne oder unsere Demokratie ausgeht.

## **2. Nicht gegen Infrastrukturen, sondern gegen Inhalte vorgehen!**

Das Internet ist ein Kommunikationsmittel. Es ist daher eher mit Telefon und Briefpost vergleichbar als mit Fernsehen und Rundfunk. Wie bei der Kommunikation mittels Telefon oder Brief sollte auch im Internet eine vertrauliche Kommunikation ohne behördliche Eingriffe die Regel sein. Mit Filtersystemen wird nicht gegen die Urheber illegaler Inhalte vorgegangen, sondern unmittelbar in die neutrale technische Infrastruktur der Kommunikation selbst eingegriffen.

## **3. Sperrungen verfehlen die Zielgruppe**

Auch wenn die zur Zeit verfügbaren Maßnahmen mit EDV-Grundkenntnissen umgangen werden können, bedeuten sie und alle weiteren Bestrebungen doch erhebliche Eingriffe in Grundrechte. Die Sperrungen werden gerade bei der Zielgruppe ihre Wirkung verfehlen und im schlimmsten Falle zu einer Mystifizierung und Glorifizierung der Inhalte führen. Filtersysteme sind kontraproduktiv: Wer unerwünschte Inhalte im Internet nur ausblendet, handelt aktionistisch und entzieht sich der eigentlichen Herausforderung, gegen die Ursachen auf gesellschaftlicher Ebene vorzugehen.

Wir fordern aus diesen Gründen, providerseitige Filtersysteme als Mittel im Kampf gegen illegale und unerwünschte Internet-Inhalte auszuschließen. Wir fordern, stattdessen auf politischem Wege Lösungen zu finden und gegen die Urheber dieser Inhalte vorzugehen. Setzen wir uns mit dem Problem auseinander, anstatt es auszublenden!

# Ich unterzeichne die „Erklärung gegen die Einschränkung der Informationsfreiheit“

<http://odem.org/informationsfreiheit/>

Ausgefüllte Liste senden an: Alvar Freude; ODEM.org; Ludwig-Blum-Straße 37; 70327 Stuttgart

Name	Adresse und/oder E-Mail-Adresse	Unterschrift
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		
10		

## Eine kurze Geschichte über den Umgang mit dem Internet

Als das Internet Anfang der 90er Jahre an Popularität gewann, versprach es vor allem Freiheit: Preiswerte Ausrüstung verschaffe Zugang zu einem alternativen sozialen Raum, in dem Informationen jeder Art frei fließen würden. Publizieren sei ebenso einfach wie Lesen.

Am Ende des Jahrzehnts hat sich die allgemeine Vorstellung vom Netz gewandelt: Nach dem Eroberungsfeldzug der Wirtschaft scheint vor allem das bequeme Einkaufen per Mauseklick vom Sofa aus die eigentliche Bestimmung des Mediums zu sein. Die einstigen Freiheitsversprechen verwandelten sich in Chancen: Jeder könne nun für wenig Geld seinen eigenen Webshop eröffnen und am Internet-Boom teilhaben!

Inzwischen fließen zunehmend wichtige und persönliche Daten über das Netz, während gleichzeitig Überwachung und Kontrolle des Datenverkehrs zunehmen. Dadurch wird Netzwerk- und Software-Design zum politischen Thema. ODEM.org nimmt sich diesem Thema an und setzt sich für den Erhalt der Informations- und Meinungsfreiheit im Internet ein.

Denn auf der einen Seite nimmt zwar die Nutzung des Internets als Vertriebs-, Kommunikations- und Unterhaltungskanals zu, gleichzeitig findet die kompetentere Diskussion über die Bedeutung des neuen Mediums, und auf welche Weise normative Wertevorstellungen transportiert werden, nur in kleinen Zirkeln statt, an der die exekutiven und legislativen Organe weitgehend unbeteiligt sind. Dem gegenüber steht eine Schar von Konsumenten, die sich einem Medium überantwortet, das sie nicht (mehr) versteht – und durch entsprechendes Interface-Design, sowie durch technische Hürden auch nicht verstehen kann. Änderungen an den Mechanismen des Netzwerkes werden von Interessengruppen durchgesetzt, die über entsprechenden Einflüsse und Mittel verfügen. Präsentiert werden fertige Ergebnisse, die keine Entscheidungsfreiheit mehr zulassen.

ODEM.org wendet sich gegen informationelle Bevormundung durch kurzsichtige Gesetze, Softwaremonopole und dagegen, dass die Informations- und Publikationsfreiheit im Netz wirtschaftlichen Interessen Einzelner untergeordnet wird.

**<http://odem.org/>**